



Pressemitteilung

14.03.2024

Proteste gegen Rechtsextremismus: Teilnehmer:innen sind meist mitte-links – und gegen ein AfD-Verbot

Seit der „Geheimplan gegen Deutschland“-Veröffentlichung des Recherchenetzwerks Correctiv sind deutschlandweit Millionen Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen. Eine Befragung durch Forscher der Universität Konstanz zeigt nun: Die Mehrheit der Demonstrant:innen steht politisch der linken Mitte nahe und ist in Sorge ob des Erstarkens der AfD – zeigt sich zugleich aber skeptisch in Hinblick auf ein bundesweites Verbot der Partei.

Wer sind die Menschen, die seit Jahresbeginn deutschlandweit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie demonstrieren? Was treibt sie an? Und wie stehen sie zu einem möglichen AfD-Verbotsverfahren? Um das herauszufinden, haben Forscher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ der Universität Konstanz mehr als 500 Teilnehmer:innen dreier Demonstrationen im Südwesten Deutschlands befragt.

Mitte-rechts-Wähler:innen bei Protesten stark unterrepräsentiert

Das Ergebnis der Untersuchung „Die schweigende Mehrheit auf der Straße?\": Die Mehrheit der Befragten gehört der mittleren und oberen Mittelschicht an, verfügt über einen überdurchschnittlich hohen Bildungsabschluss und steht der linken Mitte nahe: Mehr als sechs von zehn Befragten haben bei der letzten Bundestagswahl die Grünen gewählt; im Vergleich dazu machen Wähler:innen von Union und FDP nur etwa ein Zehntel aus und erscheinen damit klar unterrepräsentiert.

Dies ist nach Ansicht der beteiligten Forscher – Marco Bitschnau und Sebastian Koos – einerseits auf den Umstand zurückzuführen, dass Anhänger:innen des bürgerlichen Lagers im Schnitt eine geringere Protestneigung zeigen, deutet andererseits aber auch auf eine gewisse Schieflage in der Zusammensetzung der Teilnehmer:innen hin. „Man kann durchaus sagen, dass hier die Mitte der Gesellschaft auf die Straße geht – nur eben nicht die ganze Mitte, sondern vielmehr ein gut ausgebildeter und der Linken zugeneigter Ausschnitt“, so Bitschnau.

Weniger als ein Drittel spricht sich für Prüfung eines AfD-Verbots aus

Entgegen den Erwartungen der Forscher zeigt sich eine klare Mehrheit nicht von dem zurzeit vieldiskutierten AfD-Verbot überzeugt: Nur etwa ein Drittel der Befragten würde eine entsprechende Prüfung befürworten. Andere Vorschläge – etwa ein Grundrechtsentzug für einzelne AfD-Politiker:innen – stoßen hingegen auf größere Zustimmung. Auch beim Umgang mit den Unterstützer:innen der Partei zeigt sich ein hohes Maß an Differenziertheit: Nur eine kleine Minderheit möchte diese ausgrenzen. „Eine deutliche Mehrheit spricht sich hingegen dafür aus, mit AfD-Anhänger:innen ins Gespräch zu kommen“, sagt Koos.

Insgesamt ergibt sich den Forschern zufolge ein vielschichtiges Bild der Teilnehmer:innen. Gleichzeitig stelle sich die Frage, wie man bislang unterrepräsentierte Milieus stärker einbinden kann. „Die Organisator:innen können ihren Teil dazu beitragen, indem sie das verbindende Element der Demonstrationen noch klarer herausstellen und alle Vereinnahmungsversuche von sich weisen“, so Koos. Dies sei auch vor dem Hintergrund der Frage wichtig, inwieweit man die Energie und Dynamik der Proteste in ein längerfristiges politisches Projekt überführen kann.

Für Florian Ranft, Mitglied der Geschäftsleitung des Progressiven Zentrums, folgt aus den Umfrageergebnissen auch ein deutlicher Auftrag an die Politik: „In den Protesten steckt in Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen sowie die Europawahl ein wichtiges Mobilisierungsmomentum. Dass eine Mehrzahl der Demonstrant:innen sich gegen ein AfD-Verbot ausspricht, ist in diesem Zusammenhang als Aufforderung an die demokratischen Parteien zu verstehen: Sie müssen sich nicht nur rhetorisch von der AfD abgrenzen, sondern ihre konkreten politischen Antworten auf aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen in den Mittelpunkt stellen.“

Hintergrundinformationen zur Erhebungsmethode

Die Veröffentlichung des Policy Papers „Die schweigende Mehrheit auf der Straße?“ erfolgt in Zusammenarbeit zwischen dem Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ der Universität Konstanz und dem Berliner Think-Tank Das Progressive Zentrum. Die Ergebnisse basieren auf der Befragung eines repräsentativen Samples von 509 zufällig ausgewählten Personen, die im Januar 2024 an Protestveranstaltungen in Konstanz, Singen und Radolfzell teilgenommen haben.

Das **vollständige Policy Paper** finden Sie [hier](#).

Pressekontakt

Maria Menzel-Meyer, Kommunikationsmanagerin, Das Progressive Zentrum

E-Mail: presse@progressives-zentrum.org